

Kita-Ausbau in Köln beschleunigen

Die CDU fordert den Oberbürgermeister der Stadt Köln auf, den dringend notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung in Köln entsprechend der vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Quote zu forcieren und die Quote zu erhöhen, anstatt den Ausbau zu verzögern und zu verschieben.

Desweiteren fordert die CDU den Oberbürgermeister auf, sich beim Land dafür einzusetzen, dass die bereitgestellten Bundesmittel vom Land vollständig abgerufen werden, sowie dafür zu sorgen, dass die Verwaltung endlich die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Landesmittel für Köln genutzt werden können.

Keinesfalls ist eine Verschiebung des Betreuungsaubaus zu verantworten, wie sie der Oberbürgermeister und die Kämmerin im überarbeiteten Haushaltsentwurf vorgesehen haben. Dieses Ansinnen ist unverzüglich zurück zu nehmen. Nach wie vor steht die Kölner CDU für vollständige Beitragsfreiheit im Kindergarten - aber erst dann, wenn die erforderlichen und dringend notwendigen Plätze für Ü3 und U3 geschaffen worden sind.

Auf die Landesmittel zur Finanzierung der Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres soll nicht verzichtet werden, aber vorerst dürfen weitere Gelder nicht für eine verlängerte beitragsfreie Zeit in Anspruch genommen werden, sondern müssen vorrangig, in Anbetracht der dramatischen Mangelsituation vielerorts, für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze eingesetzt werden. Dabei sind jene Regionen Kölns bevorzugt zu behandeln, welche die größte Unterversorgung aufweisen und proportional den größten Kinderzuwachs verzeichnen.

Jetzt müssen zwingend die richtigen Prioritäten gesetzt werden: Primäres Ziel ist eine optimale Kinderbetreuung und die dadurch mögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hilft auch der mittelständischen Wirtschaft. In der Folge kann über die Durchsetzung einer verlängerten Beitragsfreiheit nachgedacht werden. Dies ist auch unter besonderer Berücksichtigung einkommensschwächerer Eltern vertretbar, da die unteren Einkommensgruppen von Beitragspflicht generell befreit sind.

An erster Stelle verlangt die aktuelle Situation das existenzgefährdende Problem der Schaffung von Kita-Plätzen für bedürftige Eltern zu lösen, die noch keinen Platz für ihre Kinder bekommen haben. Angebot und Nachfrage bei Kita-Plätzen klaffen nicht nur in städtischen Einrichtungen auseinander. Beispielsweise heißt es in einer aktuellen Mitteilung der katholischen Kirche, dass mehrere Kindertagesstätten im Kölner Süden für das neue Kindergartenjahr 2012/13 eine hohe Anzahl von Kindern hätten ablehnen müssen, wie der Kölner Stadt-Anzeiger kürzlich berichtete. Die Ablehnungen lägen im dreistelligen Bereich.

Bei der Umsetzung sind Investorenmodelle zu bevorzugen, da diese meist schneller realisiert werden können.

Die CDU verurteilt die geplante Verschiebung des Kita-Aubaus: Kita-Ausbau jetzt!